

## Atommacht Deutschland?

Kramp-Karrenbauer will die „Nukleare Teilhabe“ Deutschlands in der NATO mit neuen F-18-Kampfflugzeugen sichern. In Büchel lagern dazu die Atomsprengköpfe. Aber die Bundesregierung denkt über weitere Möglichkeiten nach, um eine Atommacht zu werden. UZ sprach mit Marion Küpker, Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes und Sprecherin der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“.

**UZ:** Warum will Kramp Karrenbauer F-18 Bomber aus den USA kaufen?

**Marion Küpker:** Kramp-Karrenbauer will insgesamt 135 neue Kampfflugzeuge kaufen. Darunter 45 F-18-Kampfflugzeuge von Boeing, 30 davon sollen die Atomwaffen tragen können. Diese sind für die circa 20 Atombomben in Büchel geplant, aber vor allem sind sie wichtig für die neuen Atombomben, die ab 2025 voraussichtlich nach Büchel kommen sollen.

Kramp-Karrenbauer hat den USA gesagt, Deutschland will die Kampfflugzeuge für die US-Atombomben, während das in der SPD umstritten ist und viele sich fragen, warum wir die „Nukleare Teilhabe“ brauchen.

**UZ:** Es hieß, dass die Atomsprengköpfe, die in Büchel lagern, für 48 Stunden in den USA waren?

**Marion Küpker:** Ja, offiziell wurde eine neue Software aufgespielt. Ottfried Nassauer hat dazu noch mehr recherchiert: Die Atombomben waren sehr wahrscheinlich nicht nur für eine neue Software dort, sondern sollten in ihrer Zündfunktion „sicherer“ gemacht werden.

Bisher hat die Bundesregierung immer argumentiert, man könne aus der „Nuklearen Teilhabe“ nicht aussteigen, weil die Bundesregierung bisher in der NATO von einem Mitspracherecht ausging, wenn ein atomarer Ersteinsatz drohe, sie Nein sagen und so diesen verhindern kann.

Jetzt gibt es aber neue Entwicklungen. Ende 2019 patrouillierte zum ersten Mal ein US-amerikanisches U-Boot, bestückt mit einer nuklearen Trident-D5-Rakete, um Europa herum. Diese Rakete wäre in der Lage gewesen, einen Ersteinsatz durchzuführen und dieses wurde im Februar 2020 auch in einem Manöver geübt. NATO-Oberbefehlshaber Wolters bekannte zeitgleich, „Fan einer flexiblen Ersteinsatzpolitik“ zu sein. Das zeigt unterschiedliche Interessen der US-amerikanischen und der deutschen Regierung auf. In den NATO-Doktrin taucht der atomare Ersteinsatz auf. Siehe dazu die Monitor-Sendung vom 21.02.2019 „Hochrüsten um jeden Preis: Die neuen nuklearen Pläne der USA“. Es sind die Pläne von Trumps Sicherheitsberater John Bolton, der Falke unter den Falken: Pläne, die sich eindeutig gegen Russland und auf regionale und damit hier in Europa stattfindende Atomkriege richten. Gerhard Piper, Publizist und Politikwissenschaftler, schrieb dazu in Telepolis: „In der Sendung [Monitor] fordert Elbridge A. Colby, der bis 2018 Chefstrategie im Pentagon war, und nun als Director for Defense Plans am Center for a New American Security (CNAS) in Washington arbeitet, ‚die richtige Strategie und die richtigen Waffen, um einen begrenzten Atomkrieg zu führen und zu gewinnen‘. Und: ‚Wir müssen bereit sein, Atomwaffen gezielt einzusetzen. Natürlich kann man die apokalyptische Gefahr solcher Waffen nicht komplett kontrollieren, aber wir sollten zu einem gezielten Einsatz bereit sein.“

Die Atombomben, die wir hier in Deutschland haben, bekommen eine andere Funktion, da sie nicht mehr für einen Ersteinsatz gebraucht werden. US-U-Boote sind der NATO in Krise und Krieg nicht mehr unterstellt, d.h. es gibt für diese Atomraketen kein Mitbestimmungsrecht Deutschlands, wie es bei der nuklearen Teilhabe der NATO der Fall sein soll. Damit stellt sich die Frage, womit denn jetzt die weitere nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO politisch

überhaupt noch gerechtfertigt werden kann?! Das heißt letztendlich, dass die geplante Anschaffung neuer F18 Kampfflugzeuge ein Milliardengeschenk an die US-Rüstungsindustrie ist.

**UZ:** Im Gegensatz dazu hat der stellvertretende Unionsvorsitzende im Bundestag, Johann Wadephul, die Euro-Atombombe ins Spiel gebracht.

**Marion Küpker:** Die Euro-Atombombe ist für die Bundesregierung eine weitere Option, aber noch Zukunftsmusik. Frankreich würde sie stellen und Deutschland könnte daran teilhaben. Macron hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Jahr deutlich dafür geworben, dass Frankreich dafür bereit wäre.

Was dafür spricht, ist der Fakt, dass die Eurofighter, von denen 90 Stück bestellt werden sollen, für Atombomben aufgerüstet werden können. Jedoch möchten Deutschland und Frankreich die Daten des Eurofighters nicht an die USA geben und die USA wollen so nur von ihnen gebaute Kampfflugzeuge ausrüsten. Da stehen die NATO-Verbündeten in Konkurrenz zueinander.

Aber wie gesagt, das ist noch Zukunftsmusik. Sicher ist bis jetzt, dass die B-61-12 – die neuen Atombomben, die in Büchel gelagert werden sollen – ab nächstes Jahr in Produktion gehen.

**UZ:** Deutschland hat wie alle anderen NATO-Staaten, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen nicht unterschrieben. Kann Deutschland als Atommacht noch aufgehoben werden?

**Marion Küpker:** Aus der Zivilbevölkerung gibt es immer mehr Druck, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Mittlerweile haben 88 Städte – alle großen Städte sind dabei – den Städteappell unterzeichnet und in vier Bundesländern (Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg) gibt es Beschlüsse dazu.

Die Bürgermeister präsentieren damit mindestens 24 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Sie wollen nicht, dass Gelder für diese unnützen Waffen verschwendet wird. Das spielt in Hinblick auf Corona eine große Rolle, weil es die Städte sind, denen die Gewerbesteuer wegbricht und der Zivilgesellschaft fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Das Ganze verschlimmert sich noch durch die Klimakrise und die Finanzkrise, in die wir immer tiefer reinrutschen. Aber es ist unser Faustpfand, dass diese milliarden schweren Militärausgaben nicht durchgeführt werden können.

**UZ:** Die Aktionen in Büchel fallen wegen Corona aus. Gibt es schon Überlegungen, wie man trotzdem Widerstand leisten kann?

**Marion Küpker:** Wir mussten auf einer Aktions-Video-Konferenz beschließen, dass die Großveranstaltungen in Büchel ausfallen müssen, wie zum Beispiel der Kirchentag und die gesamte Campphase von sechs Wochen vor Ort – wo ja auch die DKP für mehrere Tage wieder teilnehmen wollte. Die internationalen Gäste können auch nicht kommen, weil es ein Einreiseverbot gibt. Alle großen Events sind nicht nur bis zum Sommer, sondern für das ganze Jahr abgesagt, weil es nicht absehbar ist, dass sich bezüglich Corona etwas entscheidend ändern wird. Wir unterstützen aber kleinere regionale Proteste. Wir dürfen unser Demonstrations- und Versammlungsrecht nicht nehmen lassen.

Unsere Zeit – Zeitung der DKP etwa 5.5.20  
Das Gespräch führte Christoph Hentschel